

Niederschrift
der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.11.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:35 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack
Herr Thomas Lewing

Mitglieder

Herr Prof. Dr. Rupert Eilsberger
Herr Jan Gottschling
Herr André Meißner
Herr Stefan Nachtwey
Herr Jürgen Suhr
Herr Peter van Slooten

Vertreter

Herr Lothar Franzke

Vertretung für Herrn Hendrik Lastovka

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Andrea Busch-Pietsch
Herr Peter Fürst
Herr Hendrik Haasch
Frau Swanhild Kluge
Herr Andre Kobsch
Herr Wolfgang Sund
Herr Heino Tanschus
Frau Kristina Wilcke
Herr Ekkehard Wohlgemuth

Gäste

Herr Peter Mühle
Herr Aegidius van Acheren
Herr Christian Delfs
Herr Stefan Schumann

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 20.10.2016
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund- Östlich der Smiterlowstraße-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0065/2016
 - 3.2** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0069/2016
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Haack geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 20.10.2016

Die Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 20.10.2016 wird bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund- Östlich der Smiterlowstraße-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: B 0065/2016

Gast: Frau Kluge, Herr Wohlgemuth

Herr Wohlgemuth geht auf den Inhalt der Vorlage ein und erklärt, dass eine straßenbegleitende 2-3-geschossige Bebauung erfolgen soll. Der B-Plan soll Sanierungsziele in geltendes Baurecht umsetzen. Der Geltungsbereich hat sich im Vergleich zum Aufstellungsbeschluss erheblich verkleinert.

Anregungen und Hinweise, die in der Zwischenzeit eingegangen sind, wurden in dem Entwurf mit aufgenommen.

Herr Suhr möchte wissen, wer die Altlastenbeseitigung übernimmt und wer die Kosten trägt. Außerdem fragt er, wie mit der Mehrbelastung durch den steigenden Verkehr umgegangen werden soll.

Herr Wohlgemuth erklärt, dass es den Verursacher der Altlasten nicht mehr gibt. Ein eingesetzter Insolvenzverwalter versucht zurzeit, einen Verkauf, der getätigt wurde, rückgängig zu machen, damit die Stadt Eigentümerin des Grundstückes werden kann. Es wurden Fördermittel vom StALU für die Altlastensanierung in Aussicht gestellt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Städtebaufördermittel für die Sanierung einzusetzen. Der Umfang der Altlasten ist bisher noch nicht bekannt.

Frau Kluge teilt mit, dass für den Bereich ein Lärmgutachten erstellt wurde. Darin wird sowohl auf die Bestandssituation als auch auf die Prognose eingegangen. Es sind keine breiteren Straßen notwendig und auch die im B-Plan vorgesehenen passiven Lärmschutzmaßnahmen sind ausreichend.

Auf die Frage von Herrn Gottschling antwortet Frau Kluge, dass von der Stadt noch das Wäschereigrundstück erworben werden soll, also der kleinere Teil des Grundstückes.

Auf die Nachfrage von Herrn Haack antwortet Frau Kluge, dass die Straßensanierung im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen „Frankenvorstadt“ erfolgt und nicht durch den Investor. Außerdem möchte Herr Haack wissen, ob der Investor zwingend eine Tiefgarage bauen muss oder ob es ihm selbst überlassen ist. Herr Wohlgemuth antwortet, dass es sich hierbei um eine privatrechtliche Vereinbarung handelt.

Auf die Frage von Herrn van Slooten antwortet Frau Kluge, dass die Empfehlung des Lärmschutzgutachters ist, bei Sanierung der Straße wieder Asphalt zu verwenden. Auch Herr Meißner spricht sich für diese Variante aus. Er möchte weiter wissen, wie viele Stellplätze in der Tiefgarage entstehen sollen. Die Zahl der Stellplätze soll über den Bedarf der Wohnbebauung hinausgehen und liegt bei ca. 75 Plätzen. Außerdem bleiben Längsstellplätze auf beiden Straßenseiten erhalten. Herr Bogusch ergänzt, dass in dem Gebiet keine Veränderungen bei den vorhandenen Parkmöglichkeiten geplant sind. Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen und Herr Haack stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0065/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.2 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0069/2016

Herr Haack bittet die Ausschussmitglieder, Fragen an die Verwaltung zu stellen. Herr Suhr teilt mit, dass seine Fraktion noch nicht über den Haushalt beraten hat und er sich deshalb bei einer Abstimmung enthalten wird.

Herr Haack erkundigt sich, warum die Maßnahme Birkenweg in den Haushalt eingestellt wurde.

Da die Mittel bereits im Sommer für den Haushalt des nächsten Jahres angemeldet werden, so Herr Bogusch, war es nicht möglich, das Ergebnis aus den Ausschüssen abzuwarten. Die

Mittel sind somit vorsorglich in den Haushalt eingestellt. Je nach Entscheidung der Bürgerschaft kann diese den Haushalt entsprechend anpassen.

Herr Haack fragt, wo es für die Abteilung Straßen und Stadtgrün Verbesserungsbedarf gibt. Herr Bogusch erklärt, dass die Abteilung Straßen und Stadtgrün im Rahmen der haushaltstechnischen Möglichkeiten gut aufgestellt ist.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0069/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Prüfauftrag: Hundepplatz in Stralsund Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0066/2016

Gast: Herr Bogusch, Herr Tanschus

Herr Bogusch erklärt, dass eine geeignete Fläche in Knieper West gefunden wurde. Es ist außerdem der am dichtesten besiedelte Stadtteil mit der größten Anzahl von Hunden. Das Gelände befindet sich im Bereich der Arnold-Zweig-Straße. Direkt angrenzend befinden sich dort Kleingartensparten und ein Garagenkomplex. Die Wohnbebauung ist so gelegen, dass die Fläche über kurze Wege erreichbar ist.

Aus Sicht der Verwaltung sollte das Gelände eingezäunt werden, die Kosten dafür liegen bei ca. 8.000 €. Hinzu kämen Kosten für Mülleimer und Hundetüten. Die Verwaltung verfügt über keinerlei Erfahrung mit solchen Flächen.

Herrn van Slooten interessiert, in wie weit sich die Stadt mit der Errichtung eines Zaunes in Haftung begibt. Herr Bogusch erklärt dazu, dass die Stadt eine Verkehrssicherungspflicht für den Zaun hat.

Herr Suhr erfragt, ob es richtig ist, dass wenn Anleinplicht im Stadtgebiet besteht, solche Plätze für Hunde vorgehalten werden müssen.

Herr Tanschus erklärt, dass eine Verordnung für Stralsund in Kraft getreten ist, die im Wesentlichen drei Punkte regelt.

1. Mitnahmeverbot von Hunden z. B. auf Spielplätze
2. Leinenzwang in der Altstadt, der Sundpromenade und der Brunnenau
3. Tüten mitzuführen, um die Hinterlassenschaften des Hundes beseitigen zu können

Wenn Leinenzwang im gesamten Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund vorgeschrieben wäre, müsste man Hundepplätze in entsprechender Entfernung zu allen Haushalten anbieten. Zu

der jetzt geplanten Hundeauslauffläche ist die Stadt gesetzlich, auf Grund der Hundehalterverordnung, nicht verpflichtet.

Herr Bogusch macht klar, dass es bisher keine Erfahrungswerte gibt, welche laufenden Kosten der Hundepplatz verursachen wird. Es wurden bisher auch noch keine Gespräche mit anderen Kommunen geführt. Im ersten Schritt sollte es darum gehen, eine geeignete Fläche zu finden.

Herr van Slooten erkundigt sich, ob bisher Gespräche mit Anwohnern oder dem Kleingartenverein geführt wurden. Herr Bogusch teilt mit, dass es ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Kleingartenvereins gab, diese hat erstmal keine Bedenken geäußert.

Herr Gottschling gibt den Hinweis, dass in anderen Städten die Kosten für Hundetoiletten durch Sponsoring finanziert werden.

Auf die Nachfrage von Herrn van Slooten antwortet Herr Bogusch, dass es immer mal wieder Anfragen von Bürgern nach Hundeauslaufflächen gibt.

Auf die Frage von Herrn Prof. Dr. Eilsberger antwortet Herr Lewing, dass es in Hamburg solche Flächen gibt, die gut angenommen werden.

Herr Suhr spricht sich dafür aus, dass Thema noch einmal in die Fraktionen zu verweisen und bittet die Verwaltung um eine Aufstellung über die laufenden Kosten.

Herr Haack lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Suhr abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Das Tema wird im Dezember erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Bogusch informiert, dass die Verwaltung in Bezug auf die Kreuzung Carl-Heydemann-Ring / Tribseer Damm noch einmal andere Behörden angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten hat. Es wurden die Polizeiinspektion Stralsund, das Landesamt für Straßenbau und Verkehr und das Straßenbauamt Stralsund angeschrieben.

Die Polizeiinspektion Stralsund kommt zu dem Ergebnis, dass eine LSA geregelte Knotenpunktgestaltung das optimalste wäre. Eine Kreisverkehrsanlage gemäß den gegenwertig vorhandenen Bedingungen wird aus polizeilicher Sicht abgelehnt. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr weist darauf hin, dass die Regelwerte einzuhalten und bindend sind, die Prüfung allerdings beim Straßenbauamt Stralsund liegt.

Das Straßenbauamt hat mitgeteilt, dass die erforderliche Qualitätsstufe D mit den vorgelegten Berechnungen nicht erreicht wird. Somit kann auch die Förderung einer solchen Anlage nicht in Ausschicht gestellt werden.

Herr Bogusch bittet darum, die neuen Informationen zur Beratung mit in die Fraktionen zu nehmen.

Auf die Frage von Herrn Lewing antwortet Herr Bogusch, dass kein Bypass Richtung Rostock geplant ist.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez.
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung